

# Sozialdemokrat

Zeitung der SPD Hessen-Süd

## Stolperstein für die Europäische Verfassung?

Der mühevoll ausgehandelte Kompromiss einer Europäischen Verfassung steht in den Mitgliedsstaaten zur Abstimmung

Von **Heike Hofmann**



Der Weg zu einer einheitlichen europäischen Verfassung war zäh und holprig. Über ein Jahr lang hatte der Reformkonvent zur Zukunft Europas unter der Leitung des früheren französischen Staatspräsidenten Valéry Giscard d'Estaing beraten. Trotz zahlreicher noch umstrittener Punkte, wie etwa die doppelte Mehrheit im Ministerrat bzw. die Aufnahme eines Gottesbezuges in die Präambel der EU-Verfassung, hat die Mehrheit der Staats- und Regierungschefs die Europäische Verfassung am 17. und 18. Juni 2004 in Brüssel verabschiedet. Zu groß war die Gefahr, dass der mühevoll ausgehandelte Kompromiss scheitert.

Die wichtigsten institutionellen Neuerungen sind die Schaffung eines hauptamtlichen Präsidenten sowie das Amt eines europäischen Außenministers. Durch die Personalisierung wird die EU gewiss politischer; der europäische Außenminister verleiht der EU eine einheitliche Stimme. Dennoch ist nicht auszuschließen, dass mit dem Präsidenten des Rates eine zweite Exekutive in Konkurrenz zur EU-Kommission entsteht; mithin die institutionelle Balance der EU verschoben wird. Der Außenminister gehört zum einen dem Europäischen Rat an, kann aber auch auf das Personal der Kommission und Diplomaten Zugriff nehmen. Dadurch besteht die Gefahr, dass der Rat in die Befugnisse der Kommission hineinwirken kann bzw. umgekehrt.

Die Ausweitung des Anwendungsbereichs der qualifizierten Mehrheit dient der Handlungsfähigkeit einer erweiterten Union. Die doppelte Mehrheit ist im Hinblick auf die Bevölkerungszahlen und die einzubringenden Finanzmittel adäquat.

Es ist überzeugend, dass der Verfassungsentwurf in der Präambel nur auf die kulturellen, religiösen und humanistischen Überlieferungen Europas verweist. Europa ist zwar überwiegend christlich geprägt, gleichwohl gebietet es die Neutralitätspflicht des Staates, in einer Verfassung die Belange aller religiösen Überzeugungen zu berücksichtigen.

Der vielleicht entscheidendste Stolperstein für die Europäische Verfassung sind die in den Mitgliedsstaaten der EU geplanten Referenden über die Verfassung, die letztendlich darüber entscheiden, ob die Europäische Verfassung in Kraft tritt. Dass das Volk zur Europäischen Verfassung befragt werden soll, steht in 9 der 25 EU-Staaten bereits fest (u. a. Großbritannien, Frankreich und

Spanien), in weiteren 14 Staaten ist diese Frage noch offen. In Deutschland soll die EU-Verfassung nach dem gegenwärtigen Stand spätestens bis zum kommenden Jahr von Bundestag und Bundesrat verabschiedet werden, ohne eine direkte Beteiligung des Volkes. Allerdings verlangen 70% der Deutschen (nach einer Umfrage des Meinungsforschungsinstitutes TNS Infratest) ein Referendum über die Europäische Verfassung.

Auch die Europäische Verfassung selbst sieht nun in Art. 46 Abs. 4 das europäische Bürgerbegehren vor, mit dem 0,3% der Wahlberechtigten der EU die Kommission zur Ausarbeitung eines europäischen Gesetzentwurfes zwingen können – wagt mithin selbst mehr Demokratie.

Bezeichnend ist allerdings, dass sich einige Konservative, wie der bayerische Ministerpräsident Stoiber, einerseits für ein EU-Referendum aussprechen, andererseits aber die Grundgesetzänderung für mehr direkte Demokratie, wie etwa den Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Einführung von Volksinitiative, -begehren und -entscheid, blockiert haben. Die Bundesregierung wird nun diesen Gesetzentwurf von 2002 mit dem Zusatz versehen, dass zukünftig auf Bundesebene auch Referenden möglich sein sollen und damit die Beteiligungsrechte der Bürgerinnen und Bürger deutlich ausbauen.

Es bleibt zu hoffen, dass die Europäische Verfassung in den Mitgliedsstaaten die erforderliche Zustimmung erfährt und identitätsstiftend wirkt. Der Verfassungsentwurf beinhaltet Integrationskraft für die verschiedenen Länder und Kulturen Europas. Trotzdem ist der Weg zu einem real vereinten Europa noch sehr weit.

*Heike Hofmann ist SPD-Landtagsabgeordnete.*

### Der Kommentar



Von **Gernot Grumbach**

Es gibt auch ein Scheitern im Schlechten. Ein Beispiel dafür ist die hessische Landesregierung. Sie hat mit der Operation „Düstere Zukunft“ eine Riesenkampagne entfacht. Die zentrale Aussage: Im Interesse des Landes sparen wir 2004 über eine Milliarde Euro ein.

Wir haben diese Vorschläge bekämpft, weil sie unsozial waren. Die Folgen sind offensichtlich, das soziale Netz in Hessen ist dünn geworden, Einrichtungen geschlossen. Die Beschäftigten des Landes erleben einen Politikstil, der ihre Interessen schlicht ignoriert.

Hinter dieser Betrachtung verschwindet, dass die ganze Operation nicht funktioniert. Das Auspressen der Arbeitnehmer und der soziale Kahlschlag sind die einzigen Teile aus denen die Landesregierung Geld gezogen hat. Von der angekündigten Milliarde sind gerade mal 300 Millionen zusammengekommen. Die Sparoperation ist gescheitert. Deshalb legt die Regierung Koch jetzt einen Haushalt vor, der von Anfang an die Verfassung verletzt. Diese Regierung ist nicht nur unsozial, sie ist auch inkompetent. Auch das darf nicht in Vergessenheit geraten.

#### IMPRESSUM

Informationsorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands – Bezirk Hessen-Süd

Herausgeber: Gernot Grumbach

Redaktion: Gerhard Merz (GM)  
Fischerfeldstr. 7 - 11, 60311 Frankfurt  
Tel. (069) 299888-120, Fax -112

Beauftragt für verlegerische Arbeiten: Mühlen Media GmbH  
Robert-Bosch-Str. 10, 63477 Maintal  
Tel. (06181) 9434-0, Fax (06181) 45719

Fotos: privat, Archiv

# VOR ALLEM: FÖRDERN!

Von **Monika Neumaier**

Der Grundgedanke und das Kernelement des SGB II (Oder: **Grundsicherung für Arbeitssuchende**, so heißt es das Gesetz und nicht Hartz IV!) heißt: Fordern und Fördern, man könnte auch sagen: vor allem Fördern! Dieser Gedanke ist in der Diskussion der letzten Wochen und Monate leider ziemlich in den Hintergrund getreten.

Der Leitgedanke des Forderns und Förderns wird in zwei Kapiteln unmissverständlich dargelegt. Qualifizierte Information, Beratung und umfassende Unterstützung durch einen persönlichen Ansprechpartner (Fallmanager) mit dem Ziel der Eingliederung in Arbeit ist einer der Dreh- und Angelpunkte, ebenso die Finanzierung eines geeigneten Eingliederungsangebots. Die Zusammenarbeit bei der Eingliederung in Arbeit in gemeinsamen Jobcentern (Arbeitsgemeinschaften) fordert einen neuen Umgang mit dem Problem Arbeitslosigkeit in den Regionen. Die Kommune und die Agenturen für Arbeit sollten die Chancen für neue Betriebskulturen nutzen, neue Inhalte, Qualitätsstandards und ange-

messene Antworten für die Menschen entwickeln. Das Gesetz gibt dafür optimalen Gestaltungsspielraum und den notwendigen Finanzrahmen. Es sichert auch den Erhalt der Beschäftigungsförderung vor Ort, gibt ausdrücklich vor, dass die erprobten und erfolgreichen kommunalen Konzepte in das Eingliederungsmanagement eingebracht werden sollen. Wer allerdings die Gunst der Stunde für ideologische Spaltungsdebatten nutzen will, hat insbesondere durch die Sommerdebatte um die „1-Euro-Jobs“ reichlich Futter bekommen.

In Kenntnis der Ursachen von (Langzeit-)Arbeitslosigkeit, fehlende Berufsausbildung, Schulabschlüsse, etc. – gilt es, sich um Antworten zu bemühen, die weit über die 1-Euro-Jobs (Unwort des Jahres 2004) hinausgehen. Das Fordern muss eng mit Fördern verknüpft werden. Die Beschäftigungsförderung der letzten 15 Jahre hat auf unterschiedlichen Wegen Erfolge hervorgebracht. Die beste Praxis sollte in die Ausgestaltung der Eingliederung für Arbeitssuchende nach SGB II eingebracht werden. Bildung, Ausbildung und Qualifizierung müs-

sen mit Beschäftigungsmaßnahmen verbunden werden, und zwar vor und während der Maßnahmen. Dazu bedarf es eines breit gefächerten Angebots, das auch die spezifischen Probleme von Frauen, insbesondere allein erziehenden Frauen, berücksichtigt. Die vorgegebenen „Aktivierungsquoten“ liegen bei jungen Erwerbslosen unter 25 Jahren bei 53 % der Altersgruppe/Jahr, für die über 25-jährigen bei 23 %. Auf dieser Basis erfolgt die Mittelzuweisung aus den Eingliederungsbudgets. Betrieblich begleitete Ausbildung, außerbetriebliche Ausbildung, gezielte Ausbildungsvorbereitung sind die Antworten – und nicht, die jungen Menschen in Arbeitsgelegenheiten für max. ein halbes Jahr zu stecken, um auf Teufel komm' raus die „Aktivierungsquote“ zu erreichen, nur damit sie dann im nächsten Jahr erneut die Runde drehen. Insbesondere bei jungen Menschen ist die absolute Priorität und Handlungsmaxime: Ausbildung vor Beschäftigung. Um dieses Ziel zu erreichen müssen sämtliche praxiserprobten Ansätze der Vorbereitung, des Nachholens von Schulabschlüssen, der Orientie-

rung an der Schnittstelle Schule/Beruf, des Appells an die Verantwortung und Ausbildungsbereitschaft der Betriebe, genutzt werden. Die langjährige politische Diskussion darüber, für jeden Jugendlichen ein Angebot zu machen, ist durch das SGB II mit klaren Zielvorgaben versehen worden. Das verpflichtet zu guten Konzepten und zum Erfolg.

Die grundlegenden Linien einer sinnvollen kommunalen/regionalen Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik – so wie vielerorts für und mit den Menschen erprobt – können und müssen auch unter dem SGB II weiter geführt werden und dürfen nicht der eingeleisteten Idee, alle in gemeinnützige und zusätzliche Arbeitsgelegenheiten zu schicken, geopfert werden. Dies wäre verantwortungslos und zu einfach. Es ist auch nicht zwingend. Gerade hier kommt es auf die verantwortungsvolle Umsetzung vor Ort an!

*Monika Neumaier ist Geschäftsführerin der Zentrum Arbeit und Umwelt Gießen gGmbH (ZAUG), der Ausbildungs- und Beschäftigungsgesellschaft des Landkreises Gießen.*

## Zukunft des Sozialstaates

Referentin: Dr. Christine Hohmann-Dennhardt  
(Richterin am Bundesverfassungsgericht)

Im Rahmen der Bezirkskonferenz der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristen (ASJ)

Am: 6. November 2004, 10:00 Uhr

## Jugend und Politik

Info-Veranstaltung zu den Pilotprojekten Jugendpolitik im UB Wiesbaden und UB Limburg-Weilburg.

In Zusammenarbeit zwischen der Projektgruppe Kommunale Jugendpolitik des Bezirkes Hessen-Süd, den beiden Unterbezirken und den Jusos wurden lokale Möglichkeiten geschaffen, Partei und die Belange der Jugendlichen einander näher zu bringen.

Am: 10. November 2004, 19:00 Uhr

Beide Veranstaltungen im SPD-Haus,  
Fischerfeldstr. 7 – 11, 60311 Frankfurt/M.  
Die Veranstaltungen sind parteiöffentlich.

## Aktuell erschienen:

Heft I der **Frankfurter Streitschriften – kritisches Fachblatt der ASJ Hessen-Süd** zu Fragen aus den Bereichen Recht, Gesellschaft, Politik mit Berührungspunkten zur Wirtschaft.

Zu beziehen über den SPD-Bezirk Hessen-Süd,  
Eva-Maria Heinrich, Tel.: 0 69 / 29 98 88 - 210.

## Kurz berichtet:

● **Dietmar Glaßer**, Vorsitzender der AfA Hessen-Süd, hat den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern der Opel-Werke in Rüsselsheim die volle Unterstützung der SPD-Arbeitnehmer zugesagt. Der Erpressungsversuch des Managements von General Motors (GM) müsse auf den Widerstand aller Menschen in Südhessen und darüber hinaus treffen. Die drohende Schließung des Standorts Rüsselsheim habe über die Auswirkungen für die betroffenen Beschäftigten des Rüsselsheimer Autoherstellers hinaus gravierende Folgen für die gesamte Region und sei zudem betriebswirtschaftlich unsinnig, weil dadurch erst in den jüngsten Jahren getätigte Investitionen (mehr als 750 Mio. Euro) in eine der modernsten Autofertigungen aufs Spiel gesetzt würden. „Wenn ein Management solch gravierende Fehler macht, sollte es auf die Straße gesetzt werden“, sagte Glaßer.

● **Thorsten Schäfer-Gümbel**, stellv. Bezirksvorsitzender und MdL, und **Dr. Thomas Spies**, gesundheitspolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, haben sich gegen eine Privatisierung des Uni-Klinikums Gießen ausgesprochen. Sie fordern die Landesregierung auf, noch in diesem Jahr eine geordnete Planung für die Weiterentwicklung der Kooperation der Universitätsklinik in Mittelhessen vorzulegen. Der Sanierungsbedarf des Universitätsklinikums wird auf 300 Millionen

Euro geschätzt. Der richtige Lösungsansatz sei eine Öffentlich-Private-Partnerschaft bei der Finanzierung. Der Ausverkauf an private Krankenhausbetreiber sei der falsche Weg. „Schon bei Versorgungskrankenhäusern führt eine Privatisierung erst zu Lohndumping bei den Mitarbeitern, dann zu sinkender Qualität und schließlich zu Teilschließungen“, so Spies. Das Verramschen von Universitätsklinikum sei angesichts der besonderen Aufgaben in Forschung und Lehre schlicht unverantwortlich.

● **Udo Bullmann**, Europaabgeordneter und hessischer Spitzenkandidat für die Europawahl, wurde erneut zum stellv. Vorsitzenden der Gruppe der SPD-Abgeordneten im Europaparlament gewählt. Bullmann, Mitglied im SPD-Landesvorstand, arbeitet weiter im wichtigen Ausschuss für Wirtschaft und Währung im Europäischen Parlament.

● **Gernot Grumbach**, SPD-Bezirksvorsitzender und Bundesvorstandsmitglied, arbeitet neben der Landesvorsitzenden **Andrea Ypsilanti** für Hessen in der Kommission zur Erarbeitung eines neuen SPD-Grundsatzprogramms. Grumbach ist Mitglied in den Arbeitsgruppen „Ökologisch und sozial verantwortliches Wirtschaften“ und „Soziale und ökonomische Daten“; Ypsilanti arbeitet in den AG's „Kulturelles Leben (Bildung, Wissenschaft, Kultur)“ sowie „Die Zukunft der Arbeit und der freien Zeit“.

# Unser Beitrag für eine gerechte Globalisierung

## Über eine sozialdemokratische Errungenschaft, von der kaum einer spricht

von Dr. Sascha Raabe, MdB



Die Sozial- und Arbeitsmarktreformen dominierten in letzter Zeit die politische Landschaft in Deutschland. Oft wurde bemängelt, die Sozialdemokratie verliere mit den notwendigen und schmerzhaften Reformen ihr Gesicht. Unbemerkt von weiten Teilen der Gesellschaft aber gestaltet die SPD nicht nur den Sozialstaat neu, sondern auch die internationale Zusammenarbeit auf den Grundpfeilern sozialdemo-

kratischer Werte. Soziale Gerechtigkeit hört nicht vor der eigenen Tür auf, sondern sie fängt dort erst richtig an. Ein Beispiel für den erfolgreichen globalen Einsatz der SPD bietet die internationale Handelspolitik:

Spätestens seit der gescheiterten Welthandelskonferenz in Cancún, Mexiko im September 2003 dürfte der Interessenskonflikt in der Welthandelspolitik zwischen reicheren und ärmeren Ländern deutlich geworden sein. Für drei Viertel der ärmsten Menschen in Entwicklungsländern sichert die Landwirtschaft das tägliche Überleben, während der Agrarsektor volkswirtschaftlich mit lediglich 1 – 2 % am Bruttosozialprodukt schon lange keine große Rolle mehr in Deutschland und anderen Industrienationen spielt. Trotzdem ist die Landwirtschaft einer der am höchsten subventionierten Sektoren. Mit über 300 Milliarden US-Dollar pro Jahr subventionieren die Industrieländer ihre Agrarproduktion. Das ist das Sechsfache der gesamten öffentlichen Mittel für Entwicklungszusammenarbeit! Während fast die Hälfte der Weltbevölkerung von weniger als zwei US-

Dollar pro Tag leben muss, wird jede Kuh in Europa mit 2,5 US-Dollar pro Tag subventioniert. Diese Steuergelder könnten nicht nur für soziale und entwicklungspolitische Zwecke besser verwendet werden. Viel schlimmer ist, dass diese Subventionen die lokalen Märkte in Entwicklungsländern zerstören und die dortigen Kleinbauern in Armut halten. Gleichzeitig schotten die Industrieländer ihre Agrarmärkte durch Zölle und Quotenregelungen ab, so dass den Entwicklungsländern wichtige Exporteinnahmen verloren gehen.

### Forderungen des deutschen Bundestages

Den Missstand im Agrarsektor hat die SPD erkannt. Um den Welthandel gerechter zu gestalten, hat die SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag mit zwei Anträgen reagiert (Bundestagsdrucksachen 15/550 und 15/1317). Heidemarie Wiczorek-Zeul vertritt dieses Anliegen als Ministerin engagiert auf Regierungsebene.

Durch unsere Forderungen haben wir es geschafft, den nötigen Druck gegen die starre Haltung vieler Industrielän-

der zu setzen. Als SPD-Fraktion konnten wir Akzente setzen und dienten als Vorbild anderen Parlamenten gegenüber. Unter diesem Einfluss konnten sich im Juli dieses Jahres die Mitgliedsländer der Welthandelsorganisation (WTO) auf ein Rahmenabkommen einigen. In dem so genannten „Juli-Paket“ wurde zum ersten Mal ein endgültiges Auslaufen der Agrarexportsubventionen in den reicheren Ländern vereinbart. Dieses Rahmenabkommen war und ist nicht nur ein entscheidender Faktor für den Erfolg oder Misserfolg der weiteren Verhandlungen innerhalb der aktuellen „Entwicklungsrunde“. Nein, die konkrete Ausgestaltung dieser Vereinbarung entscheidet über Millionen Menschenleben, die an Hunger leiden. Darauf können wir als Sozialdemokraten stolz sein und darauf können wir aufzubauen, denn bis zu einer wirklich gerechten Globalisierung ist es noch ein weiter Weg.

*Dr. Sascha Raabe ist Abgeordneter für den Wahlkreis Hanau. Er ist Mitglied im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und im Unterausschuss Vereinte Nationen.*